

Erbprinz Alois: «Wir sind es nicht gewohnt, dass es bergab gehen kann»

Landtagseröffnung In seiner Thronrede anlässlich der alljährlichen Landtagseröffnung redete Erbprinz Alois Klartext. Die Politik müsse der sparmüden Bevölkerung verständlich erklären, warum Reformen nötig seien, sagte er.

VON DORIS QUADERER

«In den letzten Monaten wurde intensiv diskutiert, wem wie viel an zusätzlicher Belastung zuzumuten ist», sagte Erbprinz Alois gestern in seiner Ansprache und wies darauf hin, dass es in den letzten Jahrzehnten in Liechtenstein immer nur bergauf gegangen sei - immer mehr staatliche Transferleistungen seien in verschiedensten Bereichen an die Bevölkerung verteilt worden. «Wir sind es nicht gewohnt, dass es auch einmal bergab gehen kann und bei den Unterstützungsleistungen des Staates gespart werden muss», sagte der Thronfolger wörtlich. Viele würden Einsparungen als unangemessen und ungerecht empfinden, dies obwohl das Niveau selbst im Vergleich zur Schweiz ausgesprochen hoch sei. Hier müsse ein Umdenken stattfinden. Denn, um den Wohlstand zu sichern, müsse man klug und verantwortungsvoll vorgehen, betonte der Erbprinz. Er plädierte dafür, der Wirtschaft durch «unvernünftige Umverteilung» keine bedrohlichen Belastungen aufzubürden, denn letztlich sei die Wirtschaft die Basis für Liechtensteins Wohlstand.

Grenzgänger und Gemeinden

Erbprinz Alois regte die Parlamentarier an, sich zu fragen, ob es denn sinnvoll sei, mit Staatsbeiträgen an die AHV und an die Krankenkassen



Erbprinz Alois: «Wir sollten grossen Wert darauf legen, die Bevölkerung gut und regelmässig über die anstehenden Reformen zu informieren und deren Sorgen ernst zu nehmen.» (Foto: Michael Zanghellini)

aus dem Geld der Steuerzahler Leistungen zu finanzieren, die zu rund einem Drittel an Grenzgänger gehen würden. Ob es denn nicht bessere Wege gebe, diese Steuergelder jenen Teil der Bevölkerung zukommen zu lassen, der sie benötige, anstatt mit der Giesskanne an alle zu verteilen, fragte er. Bei den Gemeinden sieht der Erbprinz Einnahmequellen für den Staatshaushalt. So regte er an, zu prüfen, ob Steuereinnahmen der Gemeinden, die primär auf staatliche Rahmenbedingungen und nicht auf Anstrengungen der Gemeinden beruhen würden, vermehrt dem Staat zugeteilt werden könnten. Ausserdem er-

«Die Arbeit ist noch nicht zu Ende.»

ERBPRINZ ALOIS
THRONFOLGER

mahnte Erbprinz Alois die Landtagsabgeordneten in seiner Rede, die wichtigen Reformpakete noch umzusetzen. Obwohl der Wahlkampf teilweise schon begonnen habe, sei es ihm ein grosses Anliegen, dass diese Arbeit auch im letzten Jahr der Legislaturperiode fortgesetzt werde. «Die Arbeit ist nämlich noch nicht zu Ende», stellte Erbprinz Alois klar. Zwar könne man bei der Bevölkerung eine gewisse Sparmüdigkeit erkennen - hier sei jedoch die Politik gefordert, der Bevölkerung verständlich zu erklären, warum die Reformen notwendig seien. Auch die Rede von Altpräsident Albert Frick zielte in eine ähnliche

Richtung. Der rasche demografische Wandel mache es zum Gebot der Stunde, vorausschauend zu agieren, sagte er mit Blick auf die AHV und Pensionskassen-Reform. Auch kam er auf die Asyl- und Flüchtlingsthematik zu sprechen: Fragen der Zuwanderung und des Zusammenlebens in einer multikulturellen Gesellschaft würden ständige Herausforderungen bleiben, meinte Frick. Die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln hätten gezeigt, dass solche Vorkommnisse die Denk- und Handlungsweisen in Europa nachhaltig beeinflussen. «Es setzt sich die politische Überzeugung durch, dass Errungenschaften und Werte der westlichen Gesellschaft nicht verhandelbar sind», betonte Frick.

Seiten 3, 4 und 5



Stv. Abgeordneter Vereidigung von Hubert Lampert

VADUZ Hubert Lampert (FBP) wurde bei der gestrigen Landtagseröffnung als stellvertretender Abgeordneter vereidigt. Er folgt auf Rainer Gopp, der den Platz von Gerold Büchel einnimmt. Dieser musste sein Mandat aufgrund eines Wohnsitzwechsels vom Unter- ins Oberland abgeben. Da Lampert bereits von 2009 bis 2013 stv. Abgeordneter war, wüsste er, was ihn erwartet. «Spannend für mich ist die Bestellung zur Delegation des Europarats. Ich freue mich sehr auf die Aufgabe», meint er. Zu seinen Steckenpferden gehören Themen rund um den Finanzplatz, aber auch die Sanierung des Staatshaushaltes und der Erhalt der sozialen Vorsorgewerke seien ihm ein Anliegen.

(Text: df; Fotos: Michael Zanghellini)

Reformen nicht auf die lange Bank schieben

Vorsorge Die Landtagsabgeordneten sind sich weitgehend einig: Im letzten Jahr der Legislaturperiode gilt es, dringende Reformen konstruktiv abzuschliessen.

VON DANIELA FRITZ

Welches die drängenden Reformen sind, darauf hat nicht nur Erbprinz Alois in seiner Thronrede hingewiesen, dazu herrscht auch Konsens im Landtag: Nachdem mit der Revision des Krankenversicherungsgesetzes im vergangenen Jahr ein grosser Brocken abgeschlossen

wurde, steht nun die Sicherung der Altersvorsorge in Form der AHV- und BPVG-Reform an. «Die Diskussion wird vermutlich ähnlich emotional wie damals», glaubt Judith Oehri (VU). Dass die Vorlagen trotzdem 2016 zu Ende gebracht werden können, meint FL-Fraktionssprecherin Helen Konzett Bargetze: «Das hängt aber von den Vorschlägen des Gesellschaftsministers ab.» Grundsätzlich zeigten sich die Abgeordneten jedoch optimistisch, dass diese Reformen nicht dem nächsten Landtag aufgebürdet werden.

Trennung Kirche und Staat lahm

Weniger zuversichtlich ist Konzett Bargetze bei der Trennung von Kirche und Staat, hier bremse das Erz-

bistum eine Lösung. Auch DU-Chef Harry Quaderer glaubt nicht daran, dass dies im «Eilzugtempo» durchgeführt werden könnte. «Ich persönlich wäre froh, wenn wir dieses Thema abschliessen könnten», hofft dagegen FBP-Fraktionssprecherin Christine Wohlwend.

Eine Lösung liege jedoch immer noch nicht vor - obwohl dies mehrfach kommuniziert worden sei. Im Hinblick auf die 2017 bevorstehenden Wahlen appellierte der Erbprinz an die Abgeordneten, dennoch konstruktiv weiterzuarbeiten. «Ich hoffe, dass wir dieser Bitte entsprechen und noch das Beste aus

diesem Jahr herausholen», unterstützt Eugen Nägele (FBP) diese Forderung. Auch bei den anderen Abge-

«Ich bin gespannt
auf den PUK-Bericht
zur Post.»

EUGEN NÄGELE
FBP-ABGEORDENETER

ordneten scheint der Wahlkampf noch in weiter Ferne zu schweben - wenn nicht gar inexistent zu sein. Die Arbeit des Landtages sollte man an der Leistung aller vier Jahre messen, meint VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser. Für ihn ist der Wahlkampf ohnehin medien gemacht. Harry Quaderer rechnet zwar mit dem einen oder anderen Wahlgeplänkel. «Aber wir müssen uns bewusst sein, dass die Wahlen erst 2017 sind und noch sehr wichti-

ge Themen anstehen», hofft er auf gute Zusammenarbeit.

Stimm- und Wahlrecht im Ausland

Zu diesen wichtigen Themen gehört auch die Sanierung des Staatshaushalts. Pio Schurti (DU) glaubt nicht so recht daran und befürchtet ein viertes Sparpaket. Doch die Unabhängigen müssen selbst auch etwas liefern - sie haben Ende 2015 eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zur Post beantragt. «Ich bin gespannt auf den PUK-Bericht», meint Eugen Nägele. Der Freien Liste hingegen liegen auch Themen wie das Stimm- und Wahlrecht für Auslandschweizer oder die doppelte Staatsbürgerschaft auf dem Herzen.

Erbprinz Alois: Sicherung der Altersvorsorge ist unbedingt notwendig

Thronrede Erbprinz Alois betonte in seiner traditionellen Ansprache zur Landtagseröffnung, dass der Staat weiterhin am Sparkurs festhalten müsse – auch wenn die Einsparungen von vielen als ungerecht empfunden werden, dürfe man die Reformen nicht hinausschieben.

«**S**ehr geehrte Landtagsabgeordnete, heute beginnt das letzte Jahr einer Legislaturperiode, die durch besonders grosse Herausforderungen geprägt ist. Verschiedene wirtschaftliche Entwicklungen haben zu erheblichen Belastungen für unsere Unternehmen und damit indirekt auch für unseren Staatshaushalt geführt. Es sind dies vor allem die Krisen in etlichen unserer Absatzmärkte in Europa, und der ungünstige Wechselkurs und die Transformation des Finanzplatzes. Eine Herausforderung war sicherlich auch die neue politische Zusammensetzung des Landtages. Im Rückblick auf die vergangenen drei Jahre habe ich aber den Eindruck, dass Landtag und Regierung in dieser schwierigen Zeit eine insgesamt sehr gute Arbeit geleistet haben. Obwohl der Wahlkampf teilweise schon begonnen hat, ist es mir ein grosses Anliegen, dass diese Arbeit auch im letzten Jahr der Legislaturperiode fortgesetzt wird. Die Arbeit ist nämlich noch nicht zu Ende. Schwierige Reformpakete müssen noch verabschiedet und umgesetzt werden.

Sparmüdigkeit bei der Bevölkerung

Die politische Diskussion in den letzten Monaten zeigt eine gewisse Reform-beziehungsweise Sparmüdigkeit bei einem Teil der Bevölkerung. Dies wurde insbesondere bei der Abstimmung über das Krankenversicherungsgesetz deutlich. Es wurden auch Stimmen laut, angesichts dieser Situation die Reformen der Altersvorsorge in die nächste Legislaturperiode zu verschieben. Die Politik wird gerne als die Kunst des Machbaren bezeichnet und natürlich muss immer die politische Umsetzbarkeit von Reformmassnahmen bedacht werden. Anstelle politisch schwierige Reformen auf später zu verschieben, sollten wir aber zunächst nach Wegen suchen, deren Umsetzung zu erleichtern. Ein solcher Weg ist, der Bevölkerung verständlich zu erklären, warum Reformen notwendig sind. Als Kleinstaat haben wir in dieser Hinsicht den Vorteil, viele Stimmbürger direkt erreichen zu können. Entsprechend sollten wir grossen Wert darauf legen, die Bevölkerung

gut und regelmässig über die anstehenden Reformen zu informieren und deren Sorgen ernst zu nehmen. Ein ausgeglichener Staatshaushalt ist für Liechtenstein von höchster Bedeutung, heute aber leider nicht mehr so einfach zu erreichen. Als Kleinstaat sollte Liechtenstein keine Staatsverschuldung riskieren, weil die Gefahren und Kosten einer Verschuldungspolitik wesentlich höher sind als für grössere Staaten. Ausserdem ist die grosse politische und wirtschaftliche Stabilität als Eckpfeiler unseres Erfolgsmodells direkt von einem ausgeglichenen Staatshaushalt abhängig. Diese Stabilität dürfen wir nicht durch eine Verschuldungspolitik gefährden. Die Sanierungsmassnahmen sind daher unumgänglich.

Reformen entschlossen anpacken

Für eine langfristige Sicherung der Altersvorsorge sind auch die geplanten Reformen der Altersvorsorge unbedingt nötig. Ein Verschieben oder ein starkes Verwässern dieser Reformen wäre äusserst problematisch. Die zukünftigen Generationen müssten dann nicht nur die Lücken auffüllen, die die jetzigen und früheren Generationen ihnen hinterlassen haben, sondern sie müssten auch noch den Zinseszins dieser Beitragslücken tragen. Dass dies zu erheblichen

Mehrkosten führen kann, haben uns die Probleme mit der Pensionskasse der Staatsangestellten gezeigt. Wir sollten die geplanten Reformen der Altersvorsorge daher entschlossen anpacken, damit unsere Altersvorsorge auch noch für die jüngeren Generationen leistungsfähig bleibt. Angesichts der demografischen Entwicklung werden sogar weitere Massnahmen zur nachhaltigen Finanzierung der Altersvorsorge, insbesondere der Alterspflege, folgen müssen. Ein nächster Landtag und eine nächste Regierung sollten sich darauf konzentrieren können und nicht wie beim Krankenversicherungsgesetz sich wieder von Neuem mit Altlasten vergangener Legislaturperioden beschäftigen müssen.

In den letzten Monaten wurde auch intensiv diskutiert, wem wie viel an zusätzlicher Belastung noch zumutbar ist. Über Jahrzehnte ging es in Liechtenstein immer nur bergauf und immer mehr an staatlichen Unterstützungsleistungen wurden in verschiedensten Bereichen an die Bevölkerung verteilt. Wir sind es nicht gewohnt, dass es auch einmal bergab gehen kann und bei den Unterstützungsleistungen des Staates gespart werden muss. Einsparungen werden von vielen als unangemessen und ungerecht empfunden. Entsprechend schwer tun wir uns damit, obwohl unser Niveau selbst im Vergleich zur Schweiz ausgesprochen hoch ist. Hier muss ein Umdenken stattfinden:

«Wir müssen verstehen, dass Unterstützungsleistungen und Subventionen des Staates auch zurückgehen können.»

- Wir müssen verstehen, dass Unterstützungsleistungen und Subventionen des Staates auch zurückgehen können.
- Wir müssen verstehen, dass es schlicht unmöglich ist, so zu sparen, dass es von allen als gerecht empfunden wird.
- Wir müssen verstehen, dass wir unsere Ansprüche reduzieren müssen, um den Staatshaushalt zu sanieren. Um unseren Wohlstand langfristig zu sichern, sollten wir klug und verantwortungsvoll vorgehen. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Basis für unseren Wohlstand eine erfolgreiche Wirtschaft ist, die auf erfolgreichen Unternehmen aufbaut. Durch unvernünftige Umverteilung oder für die Wirtschaft bedrohliche Belastungen kann der Kuchen sonst für alle kleiner werden.

Export von Staatsbeiträgen

Dennoch sollten wir verschiedene Verbesserungen bei der Umverteilung beziehungsweise dem sozialen Ausgleich prüfen. Dazu zähle ich auch folgende Fragen:

- Ist es sinnvoll, mit Staatsbeiträgen an die AHV und an die Krankenkassen aus dem Geld der Steuerzahler Leistungen zu finanzieren, die zu rund einem Drittel an Grenzgänger ins Ausland gehen?
- Gäbe es nicht bessere Wege, diese Steuergelder jenem Teil der Bevölkerung zukommen zu lassen, der sie vor allem benötigt, anstelle sie ausserdem wie mit einer Giesskanne auch noch an die hohen Einkommens-



«Die politische Diskussion in den letzten Monaten zeigt eine gewisse Reform-beziehungsweise Sparmüdigkeit», sagte Erbprinz Alois. (Fotos: Michael Zanghellini)

mensempfänger beziehungsweise Vermögenden zu verteilen?

- Könnte der Staatshaushalt weiter entlastet werden, indem Steuerentnahmen der Gemeinden, die primär auf staatliche Rahmenbedingungen und nicht auf Anstrengungen der Gemeinden beruhen, vermehrt dem Staat zugeteilt werden?

Eine Beantwortung all dieser Fragen noch in dieser Legislaturperiode durch konkrete Reformvorschläge ist unrealistisch. Angesichts der Notwendigkeit weiterer Einsparungen

in der Zukunft sollten wir aber begreifen, uns mit solchen Fragen zu beschäftigen. Sehr geehrte Landtagsabgeordnete, lasst uns die Legislaturperiode durch ein Umsetzen der noch anstehenden Reformen zu einem erfolgreichen Ende bringen. Einerseits sollten wir dies als eine Investition in die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes und damit als Beitrag zur langfristigen Sicherung unseres Wohlstandes tun. Andererseits sind wir es unseren künftigen Generationen schuldig.»

«Volksblatt»-Umfrage: Was wird den Landtag im letzten Jahr der Legislaturperiode noch beschäftigen?

Christine Wohlwend (FBP)



Die Trennung von Kirche und Staat ist noch immer nicht gelöst. Es ist zwar immer wieder kommuniziert worden, dass wir vor einer Einigung stehen. Ich persönlich wäre froh, wenn wir dieses Thema abschliessen könnten. Der Wahlkampf wird bei mir persönlich keinen Einfluss auf die politische Arbeit haben, ich versuche, das möglichst zu trennen. Bei der Rede des Erbprinzen fand ich innovativ, dass er uns aufgefordert hat, darüber nachzudenken, wie wir als Kleinstaat unsere Sozialleistungen quasi wieder «reimportieren» können.

Eugen Nägele (FBP)



Wichtig werden in diesem Jahr sicher die zweiten Lesungen zu AHV und der Betrieblichen Personalvorsorge sein. Gespannt bin ich auch auf den PUK-Bericht zur Post, der vor der Sommerpause vorliegen soll. Ich glaube nicht, dass der Wahlkampf die Debatten stark beeinflussen wird. Letztendlich hat uns Erbprinz Alois in seiner Rede sogar darum gebeten, konstruktiv weiterzuarbeiten. Das fand ich eine sinnvolle Bitte. Ich hoffe, dass wir dieser Bitte entsprechen und noch das Beste aus diesem Jahr herausholen.

Johannes Kaiser (FBP)



Ganz interessant finde ich das Thema Finanzausgleich der Gemeinden, das der Erbprinz auch angesprochen hat. Ich fände es spannend, wenn das Projekt horizontaler Finanzausgleich zwischen den Gemeinden angestossen würde. Ausserdem müsste meiner Meinung nach in der Verkehrsproblematik Unterland etwas vorangehen. Da müsste die Regierung jetzt klar Farbe bekennen, gerade bezüglich S-Bahn oder Autobahnanschluss Bendern. Ich befürchte, dass das Verkehrsthema auf die lange Bank geschoben wird.

Helen Konzett Bargetze (FL)



Für das Thema «Trennung Kirche und Staat» sehe ich schwarz, das Erzbistum verzögert eine konstruktive Lösung – auch die politische Machbarkeit ist vermutlich nicht gegeben. Die grossen Themen sind natürlich AHV und BPVG. Ich sehe gute Chancen, dass es hier in dieser Legislatur noch zu einem Abschluss kommt. Der Erbprinz hat in seiner Rede angesprochen, dass man es nicht allen recht machen kann – da setze ich ein Fragezeichen. Ich sehe nämlich, dass es nicht allen Liechtensteinern gleich gut geht.

Wolfgang Marxer (FL)



Dass die lancierten Themen wie AHV und BPVG nicht auf die lange Bank geschoben werden – auch wenn sie nicht populär sind – ist eine gute Forderung des Erbprinzen. Andere Themen wie Trennung von Kirche und Staat, Stimm- und Wahlrecht für Auslandslichtensteiner oder die doppelte Staatsbürgerschaft dürfen dabei aber nicht untergehen. Bei der Sanierung des Staatbeitrags hat der Erbprinz in seiner Rede Vorschläge gebracht, die zu diskutieren wären – allerdings nicht mehr in dieser Legislatur.



Landtagspräsident Albert Frick betonte in seiner Rede: «Es wird für uns ständige Herausforderung bleiben, unseren Platz in einem sich ändernden Umfeld zu finden und uns zu behaupten.»

Landtagspräsident Albert Frick: Parlamentarischer Alltag muss als etwas Erstrebenswertes wahrgenommen werden

Ansprache Trotz des nahen Endes der Legislaturperiode gilt es, wichtige Reformen zu beschliessen. Landtagspräsident Albert Frick hofft, dass die Zusammenarbeit weiterhin konstruktiv ist.

«Durchlaucher Erbprinz, sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Mitglieder der Regierung: Vorab bedanke ich mich bei Ihnen, Durchlaucher Erbprinz, für Ihre an den Hohen Landtag gerichteten Worte, die auch in der Öffentlichkeit sehr grosses Interesse finden. Ihre Ausführungen werden dem Hohen Landtag für die weitere Arbeit als Richtschnur sehr dienlich sein. Der Landtag nimmt mit dem heutigen Tag das letzte Quartal seiner Amtszeit in Angriff. In einem Jahr werden wir kurz vor der Landtagswahl stehen. Zuvor werden sich die Parteien bemühen, Mitbürgerinnen und Mitbürger für eine Kandidatur zu gewinnen. Man wird versuchen, Frauen und Männer von der Notwendigkeit ihres Mitwirkens an der Gestaltung unseres Staatswesens zu überzeugen. Am besten wird dies gelingen, wenn der parlamentarische Alltag von aussen als etwas Erstrebenswertes wahrgenommen wird. Ich hoffe

daher sehr, dass es uns auch im letzten Jahr dieser Legislaturperiode gelingen wird, konstruktive Zusammenarbeit sichtbar zu machen. Verantwortungsbewusstes und die Würde des Mitmenschen achtendes politisches Wirken kann unsere Landsleute motivieren, sich selbst für ein Mandat zur Verfügung zu stellen. Lassen Sie mich mit Blick auf die Landtagswahl schon jetzt der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass sich viele Menschen im Lande zur Mitarbeit bereit erklären werden. Und auch, dass sich auf den Wahllisten möglichst viele Frauen befinden werden.

Altersvorsorge als Gebot der Stunde Meine Damen und Herren. Vieles bleibt im kommenden Jahr zu tun. Die Reform der Sozialwerke wie AHV und Betriebliche Personalvorsorge wird uns weiterhin beschäftigen.

«Wird der Trend zu Desintegration und zurück zu mehr Eigenständigkeit der Nationalstaaten sich weiter verstärken?»

menlebens in einer immer multikulturelleren Gesellschaft werden ständige Herausforderungen bleiben. Dabei können äussere Einflüsse oder Geschehnisse einschneidende Entwicklungen auslösen. So zeigt es sich beispielsweise, dass die Vorkehrungen der Kölner Silvesternacht Denk- und Handlungsweisen in Europa nachhaltig beeinflussen.

Es setzt sich die politische Überzeugung durch, dass Errungenschaften und Werte der westlichen Gesellschaft nicht verhandelbar sind. Auch andere Entwicklungen verdienen unsere Aufmerksamkeit. Welchen Weg wird Europa als Gemeinschaft gehen? Wird der Trend zu Desintegration und zurück zu mehr Eigenständigkeit der Nationalstaaten sich weiter verstärken? Liechtenstein wird von solchen Entwicklungen betroffen sein. Es wird für uns ständige Herausforderung bleiben, unseren Platz in einem sich ändernden Umfeld zu finden und uns zu behaupten.

Dabei haben wir guten Grund, zuversichtlich zu sein. Unter dem Patronat der Vereinten Nationen wird jedes Jahr der World Happiness Report erstellt, das heisst, es wird untersucht, in welchen Ländern die Menschen die besten Lebensumstände vorfinden. 2015 wird die Rangliste von der Schweiz angeführt, gefolgt von Island, Dänemark, Norwegen und Kanada. Liechtenstein scheint in dieser Rangliste nicht auf. Als Kleinstaat geht man bei solch weltweiten Untersuchungen gerne vergessen. Wenn man die Schlüsselkriterien der Bewertung heranzieht, können wir uns aber gut selbst einordnen.

Die wichtigsten Kriterien der Untersuchung waren:

1. das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt,
2. die zu erwartenden gesunden Lebensjahre,
3. die soziale Unterstützung,
4. das allgemeine Vertrauen und

5. die empfundene Freiheit beim Treffen von Lebensentscheidungen. Keine Frage, bei Anwendung dieser Kriterien darf sich Liechtenstein in der Rangliste ganz oben einreihen. Wenn man zudem feststellt, dass unsere drei EFTA-Partner in diesem weltweiten Vergleich auf den Rängen 1, 2 und 4 liegen, so darf auch das unser Selbstvertrauen stärken. Aber sind wir uns dessen auch wirklich bewusst? Sind wir uns tatsächlich bewusst, dass wir trotz unseres Sparbedarfs nach wie vor zu den privilegiertesten Menschen weltweit gehören?

Gute Lebensumstände bewahren

Zugegeben: Man kann Dinge immer besser machen. Aber seien wir uns auch bewusst, dass vieles in diesem Lande sehr, sehr gut ist. Seien wir uns bewusst, wie viel Glück unserer Heimat beschert ist. Und arbeiten wir gemeinsam daran, unseren Kindern und Enkeln diese guten Lebensumstände zu bewahren.

Unsere Schaffenskraft wird auch im kommenden Jahr gefragt sein. Wer von der Zukunft spricht, muss in der Gegenwart mit Klugheit und visionärem Gestaltungsmut handeln. Es wird für uns sehr wichtig sein, unsere guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erhalten und weiter zu stärken. Die hohe politische Stabilität unseres Landes ist ein Qualitätsfaktor erster Güte, den wir nie leichtfertig

aufs Spiel setzen dürfen. Die hohe Rechtssicherheit und die attraktive Steuergesetzgebung sind dies ebenso. Auch verfügen wir mit der Mitgliedschaft in zwei Wirtschaftsräumen über hervorragend abgesicherte Handelsbedingungen. Wenn wir diese guten Voraussetzungen weiterhin mit qualitativ hochstehenden Dienstleistungen und herausragenden Innovationen ergänzen können, wird unserem Land der wirtschaftliche Erfolg erhalten bleiben. Dies zum Wohle von uns allen. Die Möglichkeiten der sozialen Unterstützung werden gestärkt und damit wird auch unser Bestreben gestärkt, allen Leuten im Lande ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Geschätzte Damen und Herren, machen wir uns an die Arbeit. Als Erstes werden wir heute die Bürowahlen vornehmen. Ich darf an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der bisher stellvertretende Abgeordnete Rainer Gopp ab dem heutigen Tag den Rang eines ordentlichen Landtagsabgeordneten einnehmen wird. An seiner Stelle wird Hubert Lampert aus Muren als stellvertretender Abgeordneter vereidigt werden. Ich darf beide Abgeordneten in ihrer neuen Funktion begrüssen. Ihnen allen, sehr geehrte Damen und Herren, wünsche ich viel Erfolg bei der Ausübung ihres verantwortungsvollen Amtes. Auch wünsche ich Ihnen für Ihre Arbeit Gottes Segen.»

«Es wird für uns sehr wichtig sein, unsere guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erhalten und weiter zu stärken.»

Christoph Wenaweser (VU)



Der Erbprinz hat drei wesentliche Anliegen, eine stabile Wirtschaft, einen ausgeglichenen Staatshaushalt und die Reform der Sozialwerke – ein wichtiger Punkt in diesem letzten Jahr. Wie Erbprinz Alois sagte, muss man Verständnis in der Bevölkerung für den Sinn dieser Revisionen wecken. Das braucht seine Zeit, aber wir haben sie noch. Dass der Wahlkampf unsere Arbeit behindert, glaube ich nicht. Er ist von den Medien gemacht. Man sollte dem Landtag den Leistungsausweis über die ganzen vier Jahre ausstellen.

Judith Oehri (VU)



Die Hauptthemen sind sicher AHV und BPVG, die vermutlich ebenso emotional diskutiert werden wie das KVG. Ich hoffe, dass wir trotz Wahlkampf den Mut aufbringen, diese Reformen umzusetzen. Auch der Erbprinz hat betont, dass Reformpakete wie die Altersvorsorge angegangen werden müssen. Ausserdem braucht es in der Bevölkerung ein neues Bewusstsein dafür, dass es nicht mehr ständig aufwärts geht. Aber der Erbprinz hat es bereits am Staatsfeiertag gesagt: Eine neue Bescheidenheit ist gefragt.

Karin Rüdissler-Quaderer (VU)



Es ist wichtig, dass wir die begonnenen Reformen zur Altersvorsorge noch zu Ende bringen und nicht neuen Mandatsträgern aufbürden. Dass uns die bevorstehenden Wahlen bremsen, glaube ich nicht – das haben wir in den letzten Jahren bewiesen. In seiner Rede hat der Erbprinz recht konkret und provokativ angesprochen, dass man sich gut überlegen sollte, wohin die Subventionen des Staates fliessen. Ob es sinnvoll ist, Steuergelder mit der Giesskanne an Vermögende zu verteilen, fand ich einen tollen Ansatz.

Harry Quaderer (DU)



Die wichtigen Themen sind die AHV-Revision, der Staatshaushalt und die Trennung von Kirche und Staat. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass wir die nicht im Eilzugtempo durchdrücken können. Die Bevölkerung erwartet vom Landtag, dass er dies bedacht angeht. Das eine oder andere Wahlgeplänkel wird es sicher geben, aber ich hoffe, dass wir trotzdem noch gut zusammenarbeiten werden. Gut war, dass der Erbprinz angesprochen hat, dass viele Sozialleistungen ins Ausland oder an Vermögende fliessen.

Pio Schurti (DU)



Grundsätzlich sind die Themen, die sich die Regierung auf die Fahne geschrieben hat, aufgeleitet oder umgesetzt worden. Einzig bei der Sanierung des Staatshaushaltes habe ich meine Zweifel. Ich bin überzeugt, dass es noch ein viertes Sparpaket braucht. Das ist ein politisch heisses Thema, das der Regierung vor den Wahlen sicher nicht gelegen käme. Aber auch der Erbprinz hat in seiner Rede darauf hingewiesen, dass wir noch mehr sparen sollten. Dass Leute meinen, man habe Sozialabbau betrieben, kann ich nicht nachvollziehen.